



UNSERE SICHERHEIT EUROPA

NEWSLETTER DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR EUROPÄISCHE SICHERHEITSPOLITIK

Aus dem Inhalt:

■ Sarkozy: Ein Gewinn für Europa	1
■ Statusregelung oder Partnerschaft?	1
■ EU: Herr oder Diener?	2
■ European Summer Academy 2007	4

Sarkozy: Ein Gewinn für Europa

Mit dem eindrucksvollen Wahlsieg von Nicolas Sarkozy beginnt nicht nur in Frankreich eine neue Periode der Entwicklung des politischen Europa. Der Wahlsieg des Reformers Sarkozy bedeutet eine wichtige Weichenstellung, den Reform-



Dr. Erich Hochleitner

stau der Ära Chirac in Frankreich zu überwinden und Frankreichs Gesellschaft und Wirtschaft zu modernisieren.

Mit dem Amtsantritt des neuen französischen Präsidenten Sarkozy kehrt Frankreich nach der Selbstisolation als Folge des negativen EU-Verfassungsreferendums als wichtiger Akteur auf die europolitische Bühne zurück. Durch den klaren Volksentscheid erhält die überzeugte Europäerin Angela Merkel wieder einen starken französischen Partner, der sich klar zum politischen europäischen Projekt bekennt. Damit dürfte es möglich sein, einen Ausweg aus der Verfassungskrise zu finden.

Die Chancen sind während der deutschen Ratspräsidentschaft erheblich gestiegen, den bisher nicht in Kraft getretenen Verfassungsvertrag, politische und rechtliche Realität werden zu lassen. Damit würde die erweiterte Union eine bessere Grundlage für ihre Regierung erhalten.

Für die Zukunft der bereits überdehnten EU ist es von zentraler Bedeutung, dass Sarkozy die Idee einer grenzenlosen EU vehement ablehnt. Er hat deutlich gemacht, dass Frankreich der Ausweitung der Grenzen der EU in den Nahen Osten durch die Aufnahme der Türkei nicht zustimmt. Diese sollte vielmehr Mitglied einer Mittelmeerunion werden. Damit ist zu hoffen, dass das Brüsseler Türkeiabenteuer einer Zwangsheirat EU-Türkei, das de facto bereits jetzt die innere und äußere Weiterentwicklung der EU blockiert, endlich beendet wird. Damit wäre auch eine Grundvoraussetzung dafür geschaffen, mit der Türkei eine für beide Seiten vorteilhaftere, ehrlichere Phase einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit in die Wege zu leiten.

Statusregelung oder Partnerschaft? Zum Umgang mit Serbien in der Kosovo-Frage

Klaus Becher, ÖIES

Für die Bemühungen um Kosovo gibt die internationale Gemeinschaft rund zehnmal mehr pro Kopf der betroffenen Bevölkerung aus als für die Befriedung des demokratischen Afghanistan. In Afghanistan und in seinem Umfeld steht aber heute eher mehr auf dem Spiel. Eine Niederlage der freiheitlichen und rechtstaatlichen Ordnung gegen den internationalen jihadistischen Islam in Afghanistan wäre geeignet, den gesamten nah- und mittelöstlichen Raum in kriegerische Verwicklungen zu stürzen, mit bleibenden schweren Folgen auch für Europa.

Derartige Prioritäten-Überlegungen sind eine der Triebfedern hinter der Dringlichkeit, mit der heute vor allem die USA eine abschließende Lösung für den Status des Kosovo herbeiführen wollen. Aus dieser strategischen Warte war Kosovo schon zu lange auf der internationalen Agenda. Da Serbien die Provinz kaum je wieder selbst wird kontrollieren können, scheint es dann sinnvoll, die faktische Unabhängigkeit so rasch wie möglich zu ratifizieren.

Hinzu kommt, dass die Kosovo-Albaner im März 2004 ihre Chaosmacht demonstrierten, als mit Hilfe einer politisch lancierten Falschmeldung über angebliche serbische Untaten eine Gewaltlawine gegen die nichtalbanischen Minderheiten losgetreten wurde. Seither lebt die KFOR-Truppe der NATO mit der Sorge vor großangelegten Pogromen oder gar einem Aufstand gegen die internationale Präsenz. Eine rasche Lösung der Statusfrage, so die Hoffnung, kann diese Risiken mindern.

Auch für die dringend notwendige beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung in Kosovo wäre die Etablierung einer eindeutigen Zuständigkeitsregelung, die Rechtssicherheit ermöglicht, sehr hilf-

reich. Die damit verbundene Entlastung Belgrads vom Schuldendienst für die auf Kosovo entfallenden jugoslawischen Altschulden bildet einen wichtiger Aspekt.

Nachdem die Gespräche zwischen den Verhandlungsparteien über die Vorschläge des UN-Vermittlers Martti Ahtisari zur einvernehmlichen Regelung der Statusfrage ergebnislos geblieben sind, ist nun der UNO-Sicherheitsrat mit der Frage befasst, wie die bislang stets bewusst offen gehaltene Frage nach Art und Maß der künftigen Autonomie und Souveränität Kosovos zu regeln sein wird. Die Motivation dieser Bemühungen kann einleuchten, die Umsetzung wirft jedoch einige schwerwiegende Fragen auf.

Zuvorderst darf in diesem Prozess die Achtung des Völkerrechts nicht auf der Strecke bleiben. Einseitige Abspaltungen sind ebenso wenig hinnehmbar wie Annexionen mit Gewalt. Dies gilt verstärkt in Europa durch die in der KSZE-Schlussakte vereinbarten und nach dem Ende der Spaltung Europas in der Charta von Paris nochmals bekräftigten Prinzipien. Grenzänderungen sind nach dem ersten der zehn Prinzipien von Helsinki in Europa ausdrücklich nur auf friedlichem Wege und durch Vereinbarung der betroffenen Parteien möglich, also in diesem Fall nicht ohne die verfassungsmäßige Zustimmung Belgrads.

Dieses Grundprinzip europäischer Politik bringt die Summe der üblen Erfahrungen mit den Praktiken in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Ausdruck, von den Pariser Vorortverträgen bis München, Rippentrop-Molotov und Jalta. Wie Europa gelernt hat, sind zu Lasten Dritter verhängte Statusänderungen in fast allen Fällen ein Garant für

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

EU: Herr oder Diener?

Sind wir in Brüssel angemessen vertreten? Setzen wir in der EU erfolgreich unsere Interessen durch? Schärfer gefragt: Agieren wir integrationspolitisch servil, also als Diener und nicht als Herren?

Gregor Woschnagg, der frühere Ständige Vertreter Österreichs bei der EU hat in einem Bericht Schwachstellen im Zusammenhang mit der Vertretung und dem Mitwirken Österreichs am Brüsseler Entscheidungsprozess aufgezeigt.

Es ist nämlich künftig zu verbinden, dass wir in wichtigen Sachfragen als Österreich den Kürzeren ziehen, weil es gelegentlich an europapolitischen Strategien und nationalstaatlichen Taktiken fehlt. Die (ver-)öffentlich(t)e Meinung in Österreich und fehlender politischer Leadership bewirken, dass Österreich in Sachfragen oft in der Minderheit bleibt.

Im Großen versäumen wir in den Brüsseler Ränkespielen, Allianzen zu bilden oder Freundschaften einzusetzen. Im Kleinen müssen wir immer wieder erfahren, dass Österreich nicht immer geliebt wird. Spätfolge der unseligen Sanktionen? Vielleicht.

Mebr noch mangelt es uns oft an fundiertem Selbstbewusstsein. Sind wir doch nicht Diener irgendwelcher Kommissionen, Ausschüsse oder Netzwerke, sondern ein Land, das Europa - wie ehedem, einiges zu bieten hat und Respekt verdient. Es bleibt unverständlich warum in einer für die Zukunft der EU strategisch wichtigen Frage wie der Aufnahme der Türkei in die EU trotz Unterstützung von fast 90% der Bevölkerung und aller großen Parteien des Landes dem gemeinsamen Druck der USA und Großbritanniens nachgegeben wurde, anstatt deutlich zu machen, dass es für derartige Erweiterungen in Österreich keine demokratische Mehrheit gibt. Ein klares Nein hätte der Europäischen Union, wie man heute deutlich erkennen kann, eine gewaltige Krise erspart und auch Österreich in der EU dem ihm gebührenden Respekt als erfolgreiches europäisches Land verschafft.

Fortsetzung von Seite 1

Ungerechtigkeit, Unfrieden, Gewalt und Vertreibung.

Kann anderes gelten, wenn solche Statusänderungen vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen angeordnet und durchgesetzt werden, wie dies im Fall Kosovo derzeit erörtert wird? Zwar hat der Sicherheitsrat, seit er seine Handlungsfähigkeit unter Kapitel 7 der Charta gewonnen hat, in vieler Hinsicht Neuland betreten können, um seiner Aufgabe der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit effektiv nachkommen zu können. Territorialverschiebungen zu dekretieren würde jedoch weit über diesen Rahmen hinausgehen. Es gibt gute Gründe dafür, der Versuchung des Neuziehens von Grenzen am Grünen Tisch zu widerstehen. Man muß nur an Implikationen für Kurdistan, Tschetschenien oder Tibet denken, um sich die systemverändernde, zusätzliche Risiken für den Weltfrieden schaffende Dimension eines solchen Unterfangens zu vergegenwärtigen.

In der Praxis ist angesichts der kombinierten Wirkung entsprechender Destabilisierungsgänge und des Willens zur völkerrechtlichen Bestandswahrung kaum ein hinreichender Grund ersichtlich, warum Rußland und China als Vetomächte einer oktroyierten Unabhängigkeit Kosovos von Serbien im UN-Sicherheitsrat zustimmen sollten. Das mit einiger Wahrscheinlichkeit absehbare Scheitern der gegenwärtigen Bemühungen schafft eine Gelegenheit zur Besinnung.

Putins Münchener Philippika gegen den Westen vom Februar 2007 erinnerte unter anderem auch an die Kernaufgabe der OSZE, Beziehungen zwischen souveränen Staaten – ihren Regierungen, politischen Kräften und Gesellschaften – auf der Basis von gegenseitiger Achtung, Vertrauen und Transparenz aufzubauen. Im völkerrechtlichen System der Charta der Vereinten Nationen bildet die Erfüllung dieser Aufgabe in der Tat auch im Zeitalter grenzüberschreitender gesellschaftlicher Vernetzung und universeller Menschenrechte die Lebensgrundlage des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit.

Eine Besinnung auf die Grundprinzipien des respektvollen, kooperativen Umgangs zwischen souveränen Staaten und vor allem zwischen den Regierungen frei gewählter Demokratien kann unter Anknüpfung an die Helsinki-Prinzipien gerade auch für die EU im Rahmen der Fortschreibung ihrer außenpolitische Rolle und Sicherheitstrategie sinnvoll sein. Ein Europa der demokratischen

Vielfalt kann nur auf der Basis rechtlicher Gleichordnung und politischen Respekts glaubwürdig, funktionsfähig und bestandskräftig sein.

Die serbische Innenpolitik folgt ihrer ganz besonderen eigenen Dynamik. Sie bietet der europäischen Außenwelt kaum Identifikationsfiguren. Einige der Akteure haben blutige Hände und sind in kriminelle Netzwerke verstrickt, womit Serbien in der Region leider nicht allein steht. Verschwörungstheorien, Hass und nationalreligiöser Extremismus vergiften die serbische politische Landschaft, die durch das wirtschaftliche Erbe der durchlebten Katastrophe und die hohe Zahl an Binnenflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien ohnehin mit schwierigen Bedingungen zu kämpfen hat.

Der sehr viel wichtigere Teil der Nachricht ist jedoch, dass Serbien sich nach dem aus eigener Kraft vollbrachten Sturz des Milosevic-Regimes unter sehr schwierigen Bedingungen als demokratisch verfasstes Gemeinwesen etabliert hat und sich in seinem Verhältnis zur EU, zur NATO und zu den Nachbarstaaten in den vergangenen Jahren sichtlich um eine konstruktive Rolle bemüht, auch wenn mancher Wunsch unerfüllt bleibt.

Vielen der auf internationaler Ebene an den Balkankriegen Beteiligten scheint es dennoch schwerzufallen, die während der Kriege aufgebaute emotionale Polarisierung gegenüber Serbien zu überwinden. Der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen hat in dem von Bosnien-Herzegowina vorgebrachten Fall der Staatenverantwortung für den Völkermord innerhalb Bosnien-Herzegowinas zurecht eine Trennlinie zwischen der Verantwortlichkeit Belgrads und des serbischen Volkes einerseits und dem Handeln der Anführer der serbischen Bevölkerungsgruppe in Bosnien und ihrer Handlanger andererseits gezogen.

Die gelegentlich sogar von führenden Diplomaten öffentlich vertretene Auffassung, Serbien habe sein Souveränitätsrecht in Kosovo moralisch verspielt, weil in den Balken-Kriegen im serbischen Namen Kriegsgreuel verübt wurden, ist wenig hilfreich. Mit zumindest der gleichen Berechtigung könnte argumentiert werden, dass das gewalttätige Ausbrechen der KLA aus Rugovas friedlicher Strategie zur Überwindung der serbischen Zwangsherrschaft im Kosovo eine Verletzung der Spielregeln war, die mehr als irgend ein anderer Faktor den Krieg von 1998 und die mit ihm ver-

bundenen Vertreibungswellen auslöste und daher nicht belohnt werden sollte.

Die stille Einsicht war zu jener Zeit gerade auch unter serbischen Nationalkommunisten bereits verbreitet, dass angesichts der demographischen und wirtschaftlichen Lage ein Festhalten an der serbischen Zwangsherrschaft in Kosovo auf Dauer nicht darstellbar war. Es war zum Teil gerade diese verhasste Einsicht, die zur politischen Radikalisierung und Militarisierung erheblicher Teile der serbischen Bevölkerungsgruppen in den jugoslawischen Republiken zu Beginn der neunziger Jahre beitrug.

Auch wenn diese Logik des Rückzugs serbischer Zentralgewalt aus Kosovo vom Krieg und den geschaffenen Fakten überlagert ist, besteht sie doch weiter und kann in der Zukunft eine stabile Basis für einen Modus Vivendi zwischen Belgrad und Pristina bieten. Dieser könnte auch aus einer dauerhaften Verständigung darüber bestehen, dass Statusfragen mehrdeutig gehalten werden müssen, um ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben zu ermöglichen – eine dem Wesen Europas durchaus entsprechende Lösung.

Die Vorstellung, Außenseiter könnten bessere und dauerhaftere Lösungen finden als Einheimische scheint in der Krisenmanagement-Diplomatie um sich zu greifen. Sie untergräbt jedoch das aus vielfacher entgegenstehender Erfahrung gewachsene und in erfolgreich bewältigten Regionalkonflikten als zielführend bestätigte Bemühen, den Betroffenen die „Ownership“ der politischen Gestaltungsprozesse zu verschaffen, sie also zur Freiheit der Eigenentwicklung zu befähigen – einschließlich der Freiheit, eigene Fehler zu machen und auf eigene Weise aus ihnen zu lernen.

Die internationale Staatengemeinschaft und ihre Institutionen der gemeinsamen Sicherheit haben eine wichtige Rolle zu spielen, aber nicht als Verkünder und Erzwinger des rechten Weges, sondern als Schutzschild gegen Übergriffe politischer Gewalt, als geduldiger Wegbereiter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Öffnung sowie als Türöffner für Vertrauensbildung und Dialog. Die Aufgabe von UNO, EU, NATO und Nachbarstaaten ist es in dieser Sichtweise, den Parteien soviel Zeit wie nötig dafür zu schaffen, um eine eigene, tragfähige Basis für die gemeinsame Zukunft zu finden. 1999 war jedem klar, dass dies im Fall Kosovo angesichts der tiefen Gräben zumindest eine Generation dauern wird.

Auch wenn der Gedanke manch einem unerwünscht sein mag: Der größte Erfolg für die internationale Gemeinschaft ist nicht, wenn sie im Wiederaufbau nach einem Krieg ihre eigenen Ideen Stück für Stück durchsetzt, sondern wenn sie von den Parteien vor Ort immer mehr als überflüssig und störend betrachtet und an den Rand gedrängt wird – solange dabei die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde nicht verloren geht und die Belange der internationalen Sicherheit gewährleistet sind.

Erklärung anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge

Europa war über Jahrhunderte eine Idee, eine Hoffnung auf Frieden und Verständigung. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Die europäische Einigung hat uns Frieden und Wohlstand ermöglicht. Sie hat Gemeinsamkeit gestiftet und Gegensätze überwunden. Jedes Mitglied hat geholfen, Europa zu einigen und Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Der Freiheitsliebe der Menschen in Mittel- und Osteuropa verdanken wir, dass heute Europas unnatürliche Teilung endgültig überwunden ist. Wir haben mit der europäischen Einigung unsere Lehren aus blutigen Auseinandersetzungen und leidvoller Geschichte gezogen. Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war.

Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint.

I.

Wir verwirklichen in der Europäischen Union unsere gemeinsamen Ideale: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar. Seine Rechte sind unveräußerlich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt.

Wir streben nach Frieden und Freiheit, nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nach gegenseitigem Respekt und Verantwortung, nach Wohlstand und Sicherheit, nach Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir leben und wirken in der Europäischen Union auf eine einzigartige Weise zusammen. Dies drückt sich aus in dem demokratischen Miteinander von Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen. Die Europäische Union gründet sich auf Gleichberechtigung und solidarisches Miteinander. So ermöglichen wir einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen den Mitgliedstaaten.

Wir wahren in der Europäischen Union die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen ihrer Mitglieder. Die offenen Grenzen und die lebendige Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen bereichern uns. Viele Ziele können wir nicht einzeln, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich die Aufgaben.

II.

Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht an nationalen Grenzen halt machen. Die Europäische Union ist unsere Antwort darauf. Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsideal auch in Zukunft bewahren zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Dieses europäische Modell vereint wirtschaftlichen Erfolg und soziale Verantwortung. Der Gemeinsame Markt und der Euro machen uns stark. So können wir die zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten. Europas Reichtum liegt im Wissen und Können seiner Menschen; dies ist der Schlüssel zu Wachstum, Beschäftigung und sozialem Zusammenhalt.

Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen. Die Freiheits- und Bürgerrechte werden wir dabei auch im Kampf gegen ihre Gegner verteidigen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nie wieder eine Chance haben.

Wir setzen uns dafür ein, dass Konflikte in der Welt friedlich gelöst und Menschen nicht Opfer von Krieg, Terrorismus oder Gewalt werden. Die Europäische Union will Freiheit und Entwicklung in der Welt fördern. Wir wollen Armut, Hunger und Krankheiten zurückdrängen. Dabei wollen wir auch weiter eine führende Rolle einnehmen.

Wir wollen in der Energiepolitik und beim Klimaschutz gemeinsam vorangehen und unseren Beitrag leisten, um die globale Bedrohung des Klimawandels abzuwenden.

III.

Die Europäische Union lebt auch in Zukunft von ihrer Offenheit und dem Willen ihrer Mitglieder, zugleich gemeinsam die innere Entwicklung der Europäischen Union zu festigen. Die Europäische Union wird auch weiterhin Demokratie, Stabilität und Wohlstand jenseits ihrer Grenzen fördern.

Mit der europäischen Einigung ist ein Traum früherer Generationen Wirklichkeit geworden. Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu schützen. Dafür müssen wir die politische Gestalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern. Deshalb sind wir heute, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen.

Denn wir wissen: Europa ist unsere gemeinsame Zukunft.

PROGRAMME EUROPEAN SUMMER ACADEMY of the AIES
July 16th-21st 2007
Maria Enzersdorf/Schloss Krumbach

MON, 16th	TUE, 17th	WED, 18th	THU, 19th	FRI, 20th	SAT, 21st
Arrival of participants to the AIES in Maria Enzersdorf	"The European Union: Institutions and Politics" Univ.Prof. Dr. Hubert Isak University of Graz	"The European Security Strategy" Klaus Becher, AIES	Global actors Russia Ambassador Dr. Franz Cede, Austrian Permanent Representative to NATO and former Austrian Ambassador to Moscow	"Transatlantic Relations" Dr. Ron Asmus, Executive Director, German Marshall Fund	Simulation Game Ambassador Dr. Franz-Josef Kuglitsch, MFA General DI Günther Greindl Klaus Becher, AIES
	"The EU Constitutional Process - Ensuring an efficient and effective governance of the EU-27" Ambassador Dr. Elisabeth Tichy-Fisslberger, MFA	"ESDP - Achievements, Problems and Perspectives" Ambassador Dr. Erich Hochleitner, Director of the AIES	China Univ.Prof. Dr. Richard Trapp, University of Vienna	"NATO today and its global engagement" Dr. Knut Kirste, NATO Public Diplomacy Department	Simulation Game
	Lunch	Lunch	Lunch	Lunch	Lunch
15:00: Opening Address Dr. Werner Fasslabend, former MoD and President of the AIES at the venue of the AIES 15:30 Panel Discussion "Which Europe do we need"	"Future Enlargements - Limits of the EU integration capacity" Ambassador Dr. Manfred Scheich, former Permanent Representative of Austria to the EU	Visit of the Military Academy in Wiener Neustadt "ESDP - the Austrian perspective" Brig.Gen. Mag. Johann Pucher, Head of the Directorate for Security Policy, Austrian MoD	USA Stanley R. Sloan, Visiting Scholar Middlebury College	"Iran and Middle East" Dr. Walter Posch, EU Institute for Strategic Studies	Closure of the Academy Departure
17:00 Departure to Hotel Schloss Krumbach	"EU Eastern Policy" Dr. András Racz, Hungarian Institute for International Affairs	"The EU as a global security actor" Gen. Jean-Paul Perruche, former Director-General of the EUMS	India Ambassador Dr. Herbert Traxl	"International Terrorism" Dr. Cosima Eggers, Federal Agency for State Protection and Counter Terrorism	

Nähere Informationen zum Programm und für Stipendiaten finden Sie auf unserer Homepage unter <http://www.oecies.or.at>



Fortsetzung von Seite 3

Im Fall Kosovo heißt dies vor allem dreierlei: Verhindern neuer Gewaltausbrüche im Kosovo gegen Minderheiten, Ermöglichen eines allmählichen Truppenabbaus, und wirksame Zusammenarbeit im Kampf gegen organisierte Kriminalität. Für jeden dieser drei Punkte gilt, dass sie nicht erreicht werden können, solange sich das Verhältnis zwischen Belgrad und Pristina nicht in einvernehmlicher Weise in Richtung auf eine laufende, enge Kooperation entwickelt. Die Statusfrage als solche hat darauf wenig positiven Einfluss, wohl aber kann ihre Regelung ohne Zustimmung Belgrads die Aussichten auf Annäherung zusätzlich erschweren.

In dieser Überlegung wird die Qualität des Umgangs mit Serbien zum entscheidenden Faktor. Wie diese Qualität in

Serbien wahrgenommen wird, setzt den Rahmen für die zukünftigen Aussichten auf Entspannung, Zusammenarbeit und Sicherheit in der Frage des Kosovo und seiner Einbindung in die Region.

Parallelen zwischen der prekären Befindlichkeit des serbischen Gemeinwesens und der Weimarer Republik sind nicht von der Hand zu weisen. In einem Land, das wirtschaftlich und politisch zutiefst aufgewühlt ist und sich von der Außenwelt kaum mehr als Ausgrenzung und Benachteiligung erwartet, hat Demokratie und rechtsstaatliche Ordnung einen sehr viel schwereren Stand als in einem Land, das sich als respektierter Partner behandelt fühlt und verlässlich in die europäische Gemeinsamkeit aufgenommen ist. Ein Abgehen von der völkerrechtlichen Formel der Zuge-

hörigkeit Kosovos zu Serbien gräbt hier zusätzlich tiefe Wunden.

Sinnvoller wäre es, statt dessen die engen Handlungsspielräume für eine friedliche, nicht konfrontative Weiterentwicklung der Lage in Kosovo zu erweitern. Dem kann auch eine breiter angelegte Erneuerung politischer Gemeinsamkeiten mit Russland dienlich sein. Ein sichtbar verbessertes Zusammenwirken zwischen EU, USA und Russland würde die Chance für praktische Verhandlungsfortschritte zwischen Belgrad und Pristina, z. B. über die Kooperation der Sicherheitskräfte, wesentlich erhöhen. Die Fixierung auf die Statusfrage behindert die sehr viel wichtigere Aufbauarbeit an dem Netz der Vertrauensbildung und Sicherheitspartnerschaft in der Region, ohne das ihr Ableiten in Stagnation und Rechtlosigkeit kaum zu verhindern sein wird.

Medieninhaber, Herausgeber und Offenlegung:
 Österreichisches Institut für Europäische Sicherheitspolitik, A-2344 Ma. Enzersdorf, Schloss Hunyadi, Schlossgasse 6
 Verantwortlich: Dr. Erich Hochleitner, Direktor des OIES. Der Newsletter erscheint periodisch und dient der unabhängigen Sachinformation über Fragen der europäischen Sicherheit.
 Produktion: Studio Oranje Werbegrafik GmbH, 2371 Hinterbrühl
 02Z033477M P.b.b. Erscheinungsort Maria Enzersdorf Verlagspostamt A-2346 Maria Enzersdorf/Südstadt

Einzelpreis: € 1,10